Pressemitteilung 25.11.2010
Bärbel Maxisch

GRÜNE kritisieren Sendung des HR

Als unausgewogen und parteilich, ganz im Sinne der Hessischen Landesregierung, die von Wirtschafts- und Verkehrsminister Posch (FDP) vertreten wurde, kritisieren die GRÜNEN des Ortsverbandes Lossetal die Sendung „Stadtgespräch“ des Hessischen Rundfunks vom 23.11.2010. Die Sendung wurde in Hessisch Lichtenau aufgezeichnet. Die Kaufunger GRÜNEN waren mit einer Delegation vertreten.

Schon der Titel der Sendung „Sind Kammmolche wichtiger als eine Autobahn“ sei polemisch und erschwere eine sachliche Diskussion erklärte die Ortsverbandsvorsitzende Bärbel Maxisch.
Das bei einer im Vorfeld durch den HR durchgeführten Online-Umfrage eine große Mehrheit für die Kammmolche stimmte, verärgerte den Moderator der Sendung, Herrn Theisen sichtlich. Daraufhin versuchte er dieses Ergebnis ins lächerliche zu ziehen, in dem er behauptete, der HR hätte diese Frage wohl falsch formuliert, daher sei sie wohl nicht verstanden worden.
Aktuell haben rund 135000 abgestimmt, wobei 61% sich für die Kammmolche entschieden und 39% für den Autobahnbau ergänzt Maxisch.

Anscheinend habe der HR als Veranstaltungsort sehr bewusst Hessisch Lichtenau gewählt, da der Bürgermeister dieser Stadt, Herr Herwig, ein starker Befürworter der A44 sei. Herr Herwig verspräche sich von der Autobahn eine positive wirtschaftliche Entwicklung der örtlichen Gewerbegebiete. Dieses sei aber durchaus nicht gesichert wie Beispiele in Breuna (A44) und Hedemünden (A7) zeigten. Kaufungen sei aufgrund der A44 Planung die Errichtung eines Gewerbegebietes verboten worden. Die Grünen kritisieren weiterhin das die Menschen im Lossetal gegeneinander ausgespielt werden. Die zusätzlichen Belastungen, für die Menschen im Lossetal, vor allem in Kaufungen und Helsa seien dem Bürgermeister offensichtlich egal, ganz nach dem St. Florians Prinzip.

Die GRÜNEN im Lossetal hatten sich schon vor 20 Jahren für Ortsumgehungen ausgesprochen, die die Menschen im Werra-Meißner-Kreis entlastet hätten und die zu weniger Flächenverbrauch und zu mehr Naturschutz geführt hätte und das mit erheblich geringeren Kosten.

Die Kammmolche als Grund der Kostensteigerungen hinzustellen ist stark verkürzt, es gehe um den gesamten Lebensraum von Mensch und Natur. Die Forderung des Ministers Posch den Schutz von Mensch und Natur weiter einzuschränken sei schädlich für alle Lebewesen. Die derzeitige Gesetzgebung zum Lärmschutz biete den Bewohnern von Fürstenhagen schon jetzt keinen Schutz, ermögliche es aber einen Kindergarten wegen Lärmbelästigung zu schließen.